



*Vorbemerkung:* Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in Kommentaren, Rückblicken und Dokumentationen der Revolution gedacht wird, die vor 100 Jahren in Deutschland stattfand. Allerdings verfälscht die große Mehrheit dieser Beiträge das, um was es damals ging. Die tatsächlichen Errungenschaften der Revolution - Frieden, Frauenwahlrecht, demokratische Grundrechte - werden nicht ausreichend gewürdigt. Die tatsächlichen Ziele der Revolution - direkte Demokratie bzw. eine Kontrolle eines Parlamentes durch Räte, gewählt von der arbeitenden Bevölkerung, werden so gut wie nie erwähnt. Und die tatsächliche Gewalt, ausgehend von Freikorps, Reichswehr und frühen faschistischen Gruppen, mit der gegen diese berechtigten Forderungen und gegen die Arbeiterräte vorgegangen wurde, wird nicht nur verschwiegen. Meist wird die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt und behauptet, die Revolution selbst sei gewalttätig gewesen.

Wir bringen auf den NachDenkSeiten in drei Teilen einen ausführlichen Text von **Winfried Wolf** zur Novemberrevolution, zur Bayerischen Räterepublik und zur aktuellen Debatte über diese Ereignisse. Diesem Text lag ursprünglich ein in Kassel und Stuttgart gehaltenes Referat des Verfassers zugrunde, welches sich vor allem auf Klaus Gietinger, *Der verpasste Frühling*, auf Sebastian Haffner, *Der Verrat* und auf Richard Müller, *Die Geschichte der Revolution* stützt.

Der erste Teil hat drei Ereignisse zum Thema, die der Novemberrevolution vorausgingen und die zum Verständnis dieser Revolution wichtig sind: (1) die Sturzgeburt der deutschen Einheit und des Deutschen Reichs 1871, (2) der Erste Weltkrieg und (3) der 3. Oktober 1918, als inmitten des Kriegs bereits eine parlamentarische Regierung mit zwei SPD-Ministern gebildet wurde - noch zu Kaiser's Zeiten. Und als sich die Verantwortlichen für den Ersten Weltkrieg aus dem Staub machten und damit die Steilvorlage für die „Dolchstoß-Legende“ schufen.

## **Novemberrevolution und Bayerische Räterepublik Begeisternde Versuche einer direkten Demokratie und die Debatten am 100. Jahrestag**

*Von Winfried Wolf*

In Deutschland ist das Wort „Revolution“ eher negativ besetzt. Eine „revolutio“ - eine Umwälzung; ein Zurückwälzen und ein entsprechender Prozess „revolvere“, eigentlich: „zurückdrehen“, „in einen ursprünglichen, legitimen Zustand versetzen“: das sind Fremdwörter, die man im politischen Diskurs in deutschen Landen eher mit spitzen Fingern anfasst. Wobei das vor allem für die *deutsche* Geschichte und für Politik in *Deutschland* gilt. Die *Französische* Revolution, die *Russischen* Revolutionen 1905 und (im Februar und



November) 1917, die *chinesische* Revolution 1949, dann vielleicht auch noch die *kubanische* Revolution 1959 und die Revolution in *Nicaragua* 1979: das mag noch angehen. In der deutschen Geschichte wird bestenfalls die Revolution von 1848 neutral und latent positiv gesehen.

Doch die Novemberrevolution 1918? Gar die Bayerische Räterepublik? Die werden vielfach vergessen oder als Putsch, als „spartakistisch“, als „bolschewistisch“ und als Gewaltausbruch dargestellt.

Es handelte sich jedoch um eine reale, um eine tatsächliche Revolution. Um die größte, die es in der bisherigen deutschen Geschichte gab - um eine Revolution mit einer echter Massenbasis, ja, mit einer weit größeren demokratischen Grundlage, als es eine solche 1848 in Deutschland oder 1917 in Russland gab. Es war auch eine äußerst demokratische Revolution. Es war eine höchst gutmütige und - soweit es die Revoltierenden und die Revolutionäre betrifft - eine weitgehend unblutige.

Es handelt sich auch um eine Revolution, die *Bleibendes* schuf. Es waren die Novemberrevolution und ihre Vorläufer, die Massenstreiks in der deutschen Rüstungsindustrie, die das Kriegende erzwangen und die den Frieden möglich machten. Die Monarchie und die Feudalherrschaft wurden im November 1918 beseitigt: Danach wurde nie mehr, auch nicht in der NS-Zeit und auch nicht nach Ende des Zweiten Weltkriegs über die Wiedereinführung der Monarchie diskutiert. Der Kaiser und die feudalen Zeiten waren ab November 1918 endgültig diskreditiert. Ein Referendum über die Monarchie, wie es ein solches 1946 in Italien nach dem Untergang des Faschismus gegeben hatte, stand in Deutschland respektive in Westdeutschland nie zur Debatte.[1]

Erreicht wurde im November 1918 - und zwar bereits für die Wahl zu den Arbeiter- und Soldatenräten im November - auch das allgemeine *Frauenwahlrecht* - das selbst im „Kommunistischen Manifest“ nicht vorgesehen war (auch wenn es damals, z.B. von Flora Tristan, längst gefordert wurde). Verbreitung fand in der Novemberrevolution ein *Modell direkter Demokratie auf der Grundlage von Arbeiterräten*, das im Grunde zutiefst demokratisch war und bei dem eine Gleichsetzung mit „Bolschewismus“ oder gar Diktatur verfehlt erscheint. Es ist erschreckend, wenn sich im Rahmen des 100-jährigen Gedenkens an die Novemberrevolution Mark Jones, ein Historiker aus Irland, in der *Frankfurter Rundschau* just in einem solchen Tenor äußert:

„Es gab eine tatsächlich linke Gefahr. Anhänger des Spartakus-Bundes waren mit Maschinengewehren unterwegs. [...] Die unmittelbare Gefahr für die Republik



kam 1918/19 nicht von rechts, sondern von links. [...] Furchteinflößend war die Tatsache, dass etwa zwei Millionen russische Kriegsgefangene in Deutschland waren [...] Was wäre, wenn es Karl Liebknecht gelänge, diese zwei Millionen Russen zu mobilisieren.“[2]

Bereits 1963 verfasste der SPD-Politiker und spätere niedersächsische Kultusminister Peter von Oertzen eine richtungsweisende Studie, in der er den demokratischen Charakter der Revolution und die demokratische Struktur der Räte ins Zentrum rückte. Er konstatierte damals:

„Es scheint mir kein Zufall zu sein, dass die herkömmliche Historie der Novemberrevolution die Räte meistens nicht nur schief, sondern praktisch gar nicht dargestellt hat.“[3]

In der Regel werden im Zusammenhang mit dem, was die Novemberrevolution an „Bleibendem“ schuf, auch die später in der Weimarer Republik verankerten Betriebsräte erwähnt. Das ist allerdings einigermaßen ambivalent: Die in der Weimarer Republik zugestandene Form der Betriebsräte waren per Paragraph 165 der Weimarer Verfassung gesetzlich dazu verpflichtet, zum Wohle der Beschäftigten und des Betriebs zusammenzuarbeiten. Das aber ist etwas deutlich anderes als die Arbeiterräte in der Novemberrevolution, bei denen es sich um Organe einer direkten Interessenvertretung der arbeitenden Klasse handelte - ohne Verpflichtung zu einer Zusammenarbeit mit „den Betrieben“, also mit den Unternehmern.

Die entscheidende Frage lautet: *WARUM* wird die Novemberrevolution seit einem Jahrhundert derart kleingeredet, warum so gern vergessen, warum derartig denunziert? Die Antwort lautet: Das hat viel mit dem *Verrat* an der Revolution zu tun und damit, dass die maßgeblichen Verräter der Weimarer Republik ihren Stempel aufdrückten und dass diejenigen, die in der politischen Tradition dieser Verräter stehen, seit 1949 die Bundesrepublik Deutschland prägen. Damit haben sie auch die offizielle Geschichtsschreibung maßgeblich mitbestimmt. Allein der Umstand, dass ich am Vorabend des hundertsten Jahrestages der Novemberrevolution in Kassel im „Philipp Scheidemann“-Saal (in der Universität) sprach, ist grotesk: Scheidemann war maßgeblich am Verrat dieser demokratischen Revolution beteiligt. Die Tatsache, dass nur ein paar Steinwürfe vom Ort dieser Veranstaltung entfernt, in Wilhelmshöhe, eine geheime Telefonleitung endete, über die in Berlin der führende SPD-Mann, Friedrich Ebert, regelmäßig mit der Obersten



Heeresleitung, die im nicht-revolutionären Kassel und dort in den Räumen der ehemals kaiserlichen Residenz, ihr Hauptquartier hatte, verbunden waren, spricht Bände. Die Tatsache, dass die SPD ihre Stiftung nach dem Mann benennt, der für die Ermordung Tausender Arbeiterinnen und Arbeiter Mitverantwortung trägt, und dass diese Friedrich-Ebert-Stiftung in unserer Gesellschaft und für Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielt, ist höchst irritierend. Wenn dann noch im Juli 2018, also im Vorfeld des 100. Jahrestages der Revolution, die SPD ihre Historische Kommission auflöste, eine Gruppe von Historikern, die just zum 100. Jahrestag der Revolution eine Tagung durchführen wollte, dann rechtfertigt dies die Feststellung des (letzten) Vorsitzenden dieser Kommission, Horst Faulenbach, wonach die Entscheider im SPD-Vorstand von einer „gewissen Geschichtslosigkeit“ geprägt seien. Faulenbach: „Die sind immer im Heute. Die haben kein Gestern, und deshalb leider auch kein Morgen.“<sup>[4]</sup>

Und dann gibt es den 9. November 1938. Vielerorts liest man, *beide* Termine – der 9. November 1918 mit der Revolution und der 9. November 1938 mit der sog. Reichspogromnacht, der Auftakt zur massenhaften Verfolgung der Jüdinnen und Juden – gehörten zusammen. Gelegentlich werden am hundertsten Jahrestag beide Termine nachgerade gewaltsam zusammengepresst. So hieß es am 9. November 2018 in der FAZ auf Seite 1 unter dem Foto einer brennenden Synagoge:

„War dies nicht der Tag, an dem 1938 ein organisierter Mob Jagd auf Juden machte und Synagogen [...] anzündete? Und waren nicht 1918 an jenem Tag viele geschockt, als sie vom Sturz des Kaisers und der Ausrufung der Republik hörten?“

Warum folgt man mit diesem Verrühren von zwei höchst unterschiedlichen Ereignissen dem Diktat und der Propaganda der Nazis? Klar gestellt werden muss, was heute niemand sagt: Die „Reichspogromnacht“ wurde auf den Tag „9. November“ gezielt gelegt; da war kein blinder geschichtlicher Prozess am Walten. Es war auch nicht irgendein „organisierter Mob“, der da Jagd auf Menschen machte. Den Mob stellten vor allem SA und SS; die Organisatoren waren Himmler, Goebbels, Göring und Hitler. Und der Tag wurde ausgewählt von den Führern der SS, der SA und der NSDAP, den legitimen Nachfolgern der Freikorps, die die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland im Zeitraum Dezember 1918 bis weit in die 1920er Jahre hinein zu Tausenden ermordet hatten. Viele NS-Führer waren selbst als Freikorps-Mörder aktiv gewesen. Eines dieser Freikorps trug seit Januar 1920 das Hakenkreuz auf dem Helm. Indem die Nazis denselben Tag, den „9. November“, für den Auftakt zur Judenverfolgung wählten, wollten sie jede positive Erinnerung an die



Novemberrevolution auslöschen und jede Identifikation der deutschen Bevölkerung im Allgemeinen und der deutschen arbeitenden Klasse im Besonderen mit der Revolution zerstören. „Der Jude war´s, der Schande über Deutschland brachte“ – das war die Botschaft, die das NS-Regime mit der sogenannten Reichspogromnacht am 9. November 1938 verbreiten wollte. Ein Goebbels-Coup, der offensichtlich bis heute von Erfolg gekrönt ist. Die beiden Tage 9. November 1918 und 9. November 1938 haben nur insoweit etwas miteinander zu tun, als es diesen beschriebenen *demagogischen und aufgezwungenen* Zusammenhang gibt. Sie müssen von uns strikt getrennt gesehen und gewürdigt werden.

**Es gibt drei wichtige geschichtliche Entwicklungen, die darzustellen sind, wenn man die Novemberrevolution verstehen will:**

*Erstens* die Sturzgeburt der deutschen Nationalstaatsbildung 1871. *Zweitens* der Erste Weltkrieg als ein von den deutschen Eliten bewusst herbeigeführter Krieg mit den Zielen wirtschaftlicher und politischer Expansion. Und *drittens* das Datum 3. Oktober 1918, als – noch inmitten des Kriegs – in Deutschland erstmals eine parlamentarische Demokratie eingeführt wurde. Bei allen drei Ereignissen gab es eine spezifische Entwicklung der Sozialdemokratie und insbesondere der SPD-Führung, die erheblich dazu beitrug, dass die SPD-Führung so agierte, wie sie dann in der Novemberrevolution und in den Jahren danach agierte.

### **Erste Voraussetzung: die Sturzgeburt deutscher Nationalstaat**

Die bürgerliche Revolution von 1848 war bekanntlich gescheitert. Dies war ein missglückter, eher zaghafter Versuch, ein einheitliches Deutschland herzustellen und den Feudalismus zu beseitigen. Damals schreckte das deutsche Bürgertum bereits vor dem jungen Proletariat zurück und ging ein Bündnis mit den Mächten des alten Regimes, den Junkern, Fürsten, und Königen ein. Die Kleinstaaten blieben bestehen. Ab 1866 gab es mit dem Norddeutschen Bund, in dem Preußen die Vormachtstellung hatte, eine Freihandelsvereinbarung. Diese hatte übrigens erstaunlich viel Ähnlichkeit mit der heutigen EU, in der die Bundesrepublik Deutschland die dominierende Position innehat. Doch eine deutsche Einheit konnte auf rein wirtschaftlichem Weg nicht hergestellt werden. Selbst der Norddeutsche Bund war das Ergebnis eines Krieges, desjenigen zwischen Österreich und Preußen 1866.

Gleichzeitig aber entwickelte sich der Kapitalismus und suchte objektiv nach einer breiteren Basis. Doch er war in das Korsett von Kleinstaaten eingezwängt.

Am 19. Juli 1870 erklärte der französische Kaiser Napoleon III Preußen den Krieg, durchaus



provoziert seitens Preußen („Emser Depesche“). Wobei natürlich die Elite in Frankreich ihrerseits erwartete, dass mit einem solchen Krieg die ökonomische Basis des französischen Kapitalismus erweitert werden könnte. Die französischen Armeen unterlagen den von Preußen angeführten Heeren des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten. Die süddeutschen Staaten hatten sich dem Norddeutschen Bund und damit Preußen angeschlossen, womit eine deutsche Einheit faktisch inmitten des Kriegsgeschehens und *durch den Krieg* hergestellt wurde. Damit wurde das ursprünglich demokratische Ziel von Nationalstaatlichkeit und Einheit in dreifacher Weise ins Undemokratische verkehrt:

*Erstens* kam es am 18. Januar 1871 auf dem Gebiet der Besiegten und im Spiegelsaal von Versailles zur „Kaiserproklamation“, was in Frankreich als Demütigung und Provokation empfunden wurde. *Zweitens* einverleibte sich das neue Deutsche Reich die französischen Gebiete Elsass und Lothringen als Kriegsbeute, was bereits eine schwere Hypothek darstellte und mit zu den harten Bedingungen des Versailler Vertrags beitrug. *Drittens* gab es einen fatalen Deal zwischen den siegreichen Deutschen und der neuen französischen Regierung: Berlin ließ die französischen Kriegsgefangenen frei, damit diese den Aufstand in Paris - die Pariser Kommune - zusammenschießen und Tausende Revolutionäre abschlagen konnten. Wofür Preußen bzw. das neue Deutsche Reich als Gegenleistung die erste Reparationszahlung erhielt.

Reichskanzler Bismarck erklärte diesen Zusammenhang vor dem Reichstag wie folgt:

„Nach der militärischen Lage der Dinge dürfen wir hoffen, dass der Kampf vor und in Paris sich seinem Ende nähert. Sobald die Truppen der [französischen] Regierung siegreich sein werden - wozu wir die Mittel jetzt [...] durch verstärkte Freilassung der Gefangenen breitwillig gewähren werden - , wird innerhalb von dreißig Tagen eine erste Zahlung von fünfhundert Millionen Franken stattzufinden haben.“<sup>[5]</sup>

Wir hatten ab diesem Zeitpunkt einen deutschen Nationalstaat, der durch einen Krieg zustande kam, der mit der Niederschlagung einer Arbeiterrevolution in Verbindung stand und der mit einer „Erbfeindschaft“ belastet war. In der Verfassung des deutschen Nationalstaats waren nur wenige demokratische Rechte und Institutionen verankert: Es galt ein Dreiklassenwahlrecht (ein nach Einkommen strukturiertes Ständewahlrecht); die Position des Reichstags war äußerst schwach - das Parlament diente vor allem dem Dampfablassen. Die Herrschaft der Junker und Könige - letztere auf Landesebene - blieb bestehen. Die nun einsetzende gewaltige - und vier Jahrzehnte währende - kapitalistische



Expansion wurde in starkem Maß durch die aufgezwungenen Reparationsleistungen, die Frankreich zu bezahlen hatte, finanziert. Diese sehr hohe Belastung mit Reparationszahlungen trug zusätzlich dazu bei, dass nach dem Ersten Weltkrieg die Siegermächte ihrerseits im Versailler Vertrag Deutschland kaum finanzierbare Reparationen auferlegten.

In diesem widersprüchlichen Rahmen wurde die Sozialdemokratie gebildet. Sie entwickelte sich trotz des langjährigen Verbots sozialistischer Betätigung („Sozialistengesetze“ von 1878 bis 1890) zur stärksten Partei im Reich und auch zur größten Arbeiterpartei in Europa. 1914 zählte die SPD eine Million Mitglieder. Zwischen 1890 und 1914 wuchs die Wählerschaft der SPD von eineinhalb auf viereinhalb Millionen Stimmen. Die SPD-Führung war in diesen Jahrzehnten mit ständigem wirtschaftlichen Wachstum bei gleichzeitigem explosionsartigem Wachstum der Partei erheblichen Einflüssen ausgesetzt, die in Richtung Integration in die bürgerliche Gesellschaft wirkten und die nur eine äußerst bewusste und moralisch integre Führung hätte parieren können.

Spätestens ab den 1890er Jahren gab es in der SPD heftige Auseinandersetzungen um die Fragen Beibehaltung der sozialistischen Zielsetzungen und Nein zu jedem imperialistischen Krieg.

### ***Zweite Voraussetzung: Der Erste Weltkrieg***

Es heißt: „Der Erste Weltkrieg brach am 4. August 1914 aus“. Natürlich brach dieser nicht einfach so aus – wie ein Naturereignis. Oder wie von Christopher Clark in dem Buch „Die Schlafwandler“ behauptet, indem die Politiker in London, Paris, Moskau und Rom in den Krieg schlafwandelnd hinein stolperten.[6] Dieser Krieg wurde, wie Hunderte vor ihm, von Menschen gemacht und war von materiellen Interessen bestimmt.

Die entscheidende Triebkraft, die zum Ersten Weltkrieg führte, resultierte aus dem Charakter des Deutschen Reichs als eines „zu spät gekommenen Imperialismus“. Damit ist gemeint: Als Deutschland endlich ein einigermaßen geeinter – kapitalistischer – Nationalstaat war, war die koloniale Beute unter den übrigen führenden kapitalistischen – imperialistischen – Ländern bereits verteilt: der britische, der französische – teilweise auch der spanische, der portugiesische, der holländische, der japanische und der US-amerikanische – Imperialismus hatten sich den überwältigenden Teil der dafür in Frage kommenden, lukrativen Gebiete in Asien und Afrika unter den Nagel gerissen. Das, was das neue deutsche Reich noch erbeuten konnte, war – aus Sicht der großen Unternehmer, der Bank-Bosse, der Regierung und der Kolonialvereine – eher „zweite Wahl“. Während vor allem Großbritannien und Frankreich aus ihren kolonialen „Erwerbungen“ gigantische



Gewinne bezogen und damit ihre jeweilige industrielle Entwicklung finanzierten und den Binnenmarkt befeuerten, dürften die eher bescheidenen Kolonialgebiete, die das Deutsche Reich sich aneignen konnte, in der Gesamtbilanz nie Nettogewinne an das Heimatkapital abgeführt haben. In Deutschland entwickelte sich die Parole, man wolle endlich auch „einen Platz an der Sonne“ haben. Eine Losung, die Ende des 19. Jahrhunderts, auch in rechten SPD-Kreisen an Unterstützung gewann - so bei dem SPD-Politiker Gustav Noske, der ab 1906 Reichstagsabgeordneter war.

Im Rahmen dieses „zu spät gekommenen Imperialismus“ entwickelten die Eliten in Deutschland Pläne für eine Kapitalexpansion *mit militärischen Mitteln*. Der Schlieffen-Plan war eine Konkretisierung dieses Gedankens. Die Militärs im Deutschen Reich entwickelten den Plan für einen Angriffskrieg, mit dem zunächst im Westen, vor allem gegenüber Frankreich, in einem „Blitzkrieg“ ein Erfolg erreicht werden sollte. Danach sollten so gut wie alle Kräfte gen Osten geworfen und dort - vor allem gegenüber Russland - ein Krieg entfesselt werden. Der Schlieffen-Plan war der Plan für einen Angriffskrieg an zwei Fronten. Es war ein Plan, zur Unterwerfung Europas unter eine deutsche Kontrolle.

Er wurde konkretisiert durch Dutzende „Denkschriften“, mit denen führende deutsche Unternehmer und Banker während des Krieges deutlich machten, dass das Ziel eine gewaltige Erweiterung des deutschen Reichsgebiets war. Exemplarisch sei hier aus einem solchen Dokument über „die zukünftige Gestaltung Europas“ zitiert, das August Thyssen, der Eigentümer des zweitgrößten deutschen Stahlkonzerns im September 1914 - also wenige Wochen nach Kriegsbeginn - an die Reichsregierung richtete. Dort heißt es u.a.:

„Unsere Armee ist gradezu [sic] großartig. [...] Ich sehe ein, wie groß und kühn man in Berlin alles plante [...] Die Zeit kommt näher, wo wir [...] den Friedensvertrag vorbereiten müssen. [...] Werden wir den Krieg so glorreich durchführen, wie wir ihn begonnen haben, dann werden wir Frankreich und Russland niederwerfen und beiden Staaten die Bedingungen [...] diktieren können. [...] Was zunächst das westliche Gebiet anbelangt, so bin ich der Meinung, dass Belgien, die [französischen; W.W.] Departements du Nord und Pas de Calais mit den Häfen Dünkirchen und Boulogne, das Departement Meurthe und Moselle mit dem französischen Festungsgürtel und der Maas als Grenze bis zur Höhe von Givet und im Süden die Departements Vosges und Haut-Saone mit der Festung Belfort dem Reiche als Reichsland einverleibt werden müssen. Russland muss uns die Ostseeprovinzen, vielleicht Teile von Polen und [das] Don-Gebiet mit Odessa, die Krim, sowie asowisches Gebiet und den Kaukasus abtreten, um auf dem Landwege Kleinasien und Persien zu erreichen. [...] Wir





werden nur dann eine Weltmachtstellung erreichen können, wenn wir jetzt nach dem Kaukasus und Kleinasien kommen, um England in Ägypten und Indien [...] erreichen zu können.“[7]

Der Weltkrieg wurde von der deutschen bzw. von der österreichisch-habsburgischen Seite begonnen – was die Bombardierung von Belgrad durch die österreichische Armee ab dem 29. Juli 1914, der Einfall der deutschen Einheiten in das neutrale Großherzogtum Luxemburg am 2. August und der Einmarsch der deutschen Armeen in das neutrale Belgien am 4. August 1914 dokumentieren. Es war dann auch das Deutsche Reich, das diesen Krieg als erstes mit extrem brutalen und völkerrechtswidrigen Mitteln führte. Das gilt für den unbeschränkten U-Boot-Krieg: deutsche U-Boote griffen hunderte zivile Schiffe an und versenkten sie. Das gilt für die Massaker, die deutsche Truppen in Belgien und die österreichische Truppen in Serbien an der Zivilbevölkerung verübten. Und das wird mit dem Einsatz von Giftgas an der Front dokumentiert, den die deutschen Militärs als Erste begonnen hatten und der vor allem auf Seiten der Kriegsgegner zehntausende Opfer forderte.[8]

In diesem Krieg spielte in Deutschland im Übrigen Antisemitismus eine große Rolle. Juden wurden als Verantwortliche für die unzureichende Lebensmittelversorgung im Reich hingestellt. Die Rede war von einem „System Rathenau“: Juden hätten einen zu großen Einfluss im Wirtschaftsleben, worauf der Industrielle Walter Rathenau (AEG) im März 1915 die Leitung der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium niederlegte. Am 11. November 1916 veranlasste der preußische Kriegsminister Wild von Hohenborn eine „Judenählung“ im deutschen Heer, um zu prüfen, inwieweit die jüdische Bevölkerung in ausreichendem Maß ihren „vaterländischen Verpflichtungen nachkommen“ würde.[9]

Während des gesamten Kriegs spielte die SPD eine entscheidende Rolle. Ohne sie hätte der deutsche Angriffskrieg nicht in dieser Form geführt werden können – ja er wäre wohl dann verhindert worden, wenn die SPD an ihrer bis Juli 1914 praktizierten Anti-Kriegshaltung festgehalten, gegen den Krieg mobilisiert und im Reichstag gegen die Kriegskredite gestimmt hätte. Die Führungen von SPD und Gewerkschaften hatten beim Nahen des Krieges zunächst die Befürchtung, es könne der Belagerungszustand ausgerufen und damit die Bewegungsfreiheit der SPD-Führung massiv eingeschränkt, eine allgemeine Zensur verhängt, SPD-Zeitungen verboten und Streiks grundsätzlich untersagt werden. Doch der Obersten Heeresleitung und der Reichsführung mit Kaiser und Kanzler war klar, dass die „Front im Inneren“ stehen musste, wollte man den geplanten Krieg nach außen führen. Es gab Absprachen mit der SPD-Führung über einen de-facto-Tausch: Zustimmung der SPD im Reichstag zu den Kriegskrediten gegen die weitgehend ungehinderte Weiterexistenz der



SPD während des Krieges. Wobei der entsprechende SPD-Verrat an den eigenen Antikriegszielen nicht vom Himmel fiel. Er entsprach der skizzierten Langzeitanpassung der SPD-Führung an den kaiserlich-bürgerlichen Nationalstaat. Bereits im November 1913, zehn Monate vor dem Krieg, verkündete der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Gustav Bauer, die Kriegsfrage sei „keine prinzipielle“ mehr, sondern „ein taktisches Problem: Es gilt für das Proletariat abzuwägen, ob der Krieg Vorteile bringen könne oder nicht und danach ist ihr Verhalten auszurichten.“[\[10\]](#)

Und so stimmte die SPD-Reichstagsfraktion bei einer internen Abstimmung mit 96 zu 14 Stimmen für die Kriegskredite. Im Reichstag selbst galt am 4. August 1914 dann die Fraktionsdisziplin, die von allen eingehalten wurde: *alle* SPD-Abgeordneten, Karl Liebknecht eingeschlossen, stimmten für die Kriegskredite. Hugo Haase, ein Kriegsgegner, musste im Reichstag die Rede zur Begründung für das SPD-Ja zu den Kriegskrediten halten - mündend in dem berühmt-berüchtigten Satz: „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich.“ Worauf der Kaiser die klassische Antwort gab: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Diese Schmierentragödie erfolgte zu einem Zeitpunkt, als viele Zehntausende Mitglieder von SPD und Gewerkschaften gegen den Krieg auf der Straße demonstrierten - insgesamt waren es im Juli 1914 rund 750.000. Die von der SPD-Reichstagsfraktion demonstrierte Einstimmigkeit zugunsten des von Deutschland ausgehenden Kriegs musste absolut entwaffnend wirken.

Erst im Dezember 1914 gab es im Reichstag eine erste Stimme gegen den Krieg. Karl Liebknecht wagte als einziger diesen Schritt. Er war seit diesem Zeitpunkt die Symbolfigur im Widerstand gegen den Krieg. Dies trug wesentlich dazu bei, dass er am 15. Januar 1919 ermordet wurde.

Zwar spaltete sich die SPD 1916 noch während des Krieges. Genauer gesagt: Die SPD schloss die Kriegsgegner aus; diese versammelten sich ab diesem Zeitpunkt in der Unabhängigen Sozialdemokratie; der USPD. Doch die Mehrheitssozialdemokratie, die auch nach dem Weltkrieg die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter hinter sich wusste, unterstützte bis zum Kriegsende den Krieg und stimmte unter anderem für immer neue Kriegskredite. Sie engagierte sich auch in den Streiks gegen den Krieg - zu deren Verhinderung, Verkürzung und für deren Abwürgen. Sie bzw. sozialdemokratische Gewerkschaftsführer waren auch zu einer engen Zusammenarbeit mit den Militärs bereit und lieferten an diese Listen mit Streikführern, die darauf meist eingezogen und zum Einsatz an der Front abkommandiert wurden.[\[11\]](#) Es ist offensichtlich, dass der Krieg eine wichtige Schule war, um die SPD-Führung auf das vorzubereiten, was sie dann in der Revolution tat.



### ***Dritte Voraussetzung: Eine Regierung mit SPD-Ministern am 3. Oktober 1918***

In der offiziellen Geschichtsschreibung heißt es, mit dem Kriegsende, am 9. November 1918 habe es eine erste parlamentarische Regierung mit SPD-Beteiligung gegeben. Das ist unrichtig. Vergleichbares erfolgte bereits gut einen Monat früher; am 3. Oktober 1918. An diesem Tag wurde in Deutschland die parlamentarische Demokratie eingeführt und eine neue Regierung gebildet, der der SPD-Führer Philipp Scheidemann und der SPD-Gewerkschaftsführer Gustav Bauer als Staatssekretäre (das war die damalige Bezeichnung für Minister) angehörten. Diese Interimsregierung mit der SPD auf dem Klappsitz durfte dann, wie von der Obersten Heeresleitung gefordert, ein Waffenstillstandsgesuch beim US-Präsidenten Wilson einreichen. Und es war auch die Oberste Heeresleitung selbst, die die SPD in die Regierung hievte. Deren führender Kopf, der „Erste Generalquartiermeister“ Erich Ludendorff, der seit 1916 faktisch an der Spitze einer Militärdiktatur stand, erklärte Anfang Oktober 1918: „Ich habe Seine Majestät gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir soweit gekommen sind.“ Kurt Tucholsky schrieb später einmal: „Es ist ein Unglück, dass die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieße sie seit dem 1. August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleineren Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas - vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet.“<sup>[12]</sup> Tucholsky wäre sicher mit der Ergänzung einverstanden gewesen, die SPD könne man auch bezeichnen als „die Partei, der wir verdanken, dass wir soweit gekommen sind“.

*Was war passiert, dass es diesen 3. Oktober gab? Und warum wird dieses Datum nirgendwo erwähnt?*

Seit Anfang 1917 hatte es immer massivere Streiks in den deutschen Großbetrieben, insbesondere in der Rüstungsindustrie gegeben. Im Januar 1918 hatten mehr als 700.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gestreikt. Wie später noch dazustellen sein wird, wurden diese Streiks in Berlin maßgeblich von einer kleinen Gruppe konspirativ arbeitender Revolutionäre vorbereitet und geleitet. Im Sommer desselben Jahres kam es zur Massendesertion und zu Absatzbewegungen von der Truppe: das deutsche Heer verlor binnen weniger Wochen bis zu einer Million Mann. Gleichzeitig waren mehr als 200.000 frische Soldaten aus den USA in Frankreich gelandet und in den Krieg eingetreten.

Kurz gesagt: Der Krieg war für den Kaiser, den Reichskanzler und für die Oberste Heeresleitung schlicht verloren. In dieser Situation bereiteten die Verantwortlichen ihren Abgang vor: Sie machten sich aus dem Staub. Sie setzten sich später nach Holland (der Kaiser) und nach Schweden (Ludendorff) ab. Sie übertrugen zuvor die Verantwortung auf die SPD und die zivilen „gemäßigten“ Bürgerlichen. Diese sollten die Suppe auslöffeln, die



die Militärs, die Wirtschaftsführer, die Junker und der Kaiser der deutschen Bevölkerung eingebrockt hatten. Wobei zum Suppe-Auslöffeln immer zwei gehören: einer der das Süsschen braut und einer der die Brühe aufnimmt. Die SPD-Führung war zu Letzterem bereit. Der SPD-Parteiführer Friedrich Ebert formulierte dies perfekt wie folgt:

„Wir müssen jetzt im Gegenteil uns in die Bresche werfen. Wir müssen dabei sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, um unsere Forderungen durchzusetzen, und wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, dies zu tun.“[\[13\]](#)

Damit wurde aus Sicht der rechten Kreise die Basis für die Dolchstoß-Legende gelegt: Die Armee war scheinbar „im Felde unbesiegt“, wie es Ebert später selbst bestätigen würde. Der Waffenstillstand musste von einer Regierung mit SPD-Beteiligung erbeten und von Zivilisten im Wald von Compiègne unterzeichnet werden - was demjenigen, der dies an führender Stelle tat, Staatssekretär Matthias Erzberger, im Jahr 1921 den Tod durch faschistische Fememörder brachte. Die Militärs beauftragten zwar Erzberger, in jedem Fall den Waffenstillstand zu unterzeichnen, gleichgültig, welche Bedingungen die Sieger stellen würden, doch sie weigerten sich, den logischen letzten Schritt zu tun und selbst zu unterzeichnen. Die Siegermächte wiederum akzeptierten in Compiègne diese seltsam zusammengesetzte Delegation. Die SPD und die „gemäßigten“ bürgerlichen Kräfte wurden auf diese Weise auch für den Friedensvertrag von Versailles verantwortlich gemacht.

Und schließlich ließ sich am Ende behaupten, es habe keine Verantwortlichen für den Krieg gegeben. Alle seien schlafwandelnd in denselben hineingestolpert. Irgendwie brach der Krieg aus. Und irgendwie wurde den tapferen deutschen Soldaten am Ende ein Dolchstoß in deren Rücken verpasst - durch die verräterische Linke und durch bürgerlich-liberale Flaumacher.

*Dieser Text stützt sich vor allem auf Klaus Gietinger, November 1918. Der verpasste Frühling (Nautilus, Hamburg 2018), auf Sebastian Haffner, Der Verrat - Deutschland 1918/19 (verschiedene Ausgaben verschiedener Verlage) und auf Richard Müller, Die Geschichte der Revolution (ursprünglich drei Bände; zuletzt Berlin 2011, Buchmacherei). Klaus Gietinger und Winfried Wolf veröffentlichten 2017 das Buch „Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der schuld am Ersten Weltkrieg erlöst“ (Schmetterling, Stuttgart)*



[«1] In Italien bestand die Monarchie auch während der faschistischen Diktatur. Sie wurde 1946 in einem Referendum (mit der eher knappen Mehrheit von 54,3 %) abgeschafft.

[«2] „Angst macht mir die Verrohung der Sprache“, Interview mit Mark Jones in: Frankfurter Rundschau vom 12. November 2018. Offensichtlich hat sich Jones inzwischen dem Zeitgeist angepasst. Denn in seinem Buch „Founding Weimar“ („Am Anfang war Gewalt“; Berlin 2017) schreibt er noch von „Gründungsmassakern“ der Freikorps, die diese in Zusammenarbeit mit der SPD-Führung verübt hätten.

[«3] Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Erstaufgabe 1963, hier nach: Bonn-Bad Godesberg 1976, S.53. Dieser richtungsweisenden Arbeit liegt eine persönliche Motivation zu Grunde: der Vater des Verfassers, Friedrich Wilhelm von Oertzen, war Freikorps-Offizier. Ich war 2001 daran beteiligt, einen Alternativentwurf für ein PDS-Programm zu erarbeiten. Peter von Oertzen, der sich in den letzten Jahren seines Lebens der PDS angenähert hatte und u.a. im Kuratorium der Rosa Luxemburg-Stiftung aktiv war, beteiligte sich an diesen Diskussionen. Er skizzierte in diesem Zusammenhang sein Modell eines demokratischen Sozialismus mit Rätestrukturen und wandte sich - zusammen mit Prof. Dr. Frank Deppe - am 27. Juni 2001 (vergeblich) an die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer mit der Aufforderung, eine breite, auch öffentlich geführte Debatte über ein sozialistisches Grundsatzprogramm zu führen. Brief abgedruckt in: Programm der PDS. Entwurf 2.2., Berlin, Sommer 2001.

[«4] Interview mit Faulenbach im Deutschlandfunk am 2. August 2018; [siehe hier](#).

[«5] Zitiert bei: Sebastian Haffner, Die Pariser Kommune, In: Haffner, Hermlin, Tucholsky, Zwecklegenden, Die SPD und das Scheitern der Arbeiterbewegung, Berlin 1996, S. 45.

[«6] Klaus Gietinger und ich antworteten auf das Buch von Clark, das allein in Deutschland eine verkaufte Auflage von mehr als 200.000 hatte, mit dem Buch „Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der Schuld am Ersten Weltkrieg erlöste“ (Stuttgart 2017; Schmetterling). Clark identifiziert in seinem Buch in infamer, oft rassistischer Weise die Serben als Kriegsauslöser. Unser Buch „Der Seelentröster“ erschien im November 2018 in serbischer Übersetzung.

[«7] Abgedruckt in: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 - 1945, herausgegeben



von Reinhard Opitz, Bonn 1994, S. 222.

[«8] Nach den ersten Giftgaseinsätzen durch deutsche Truppen am 22. April 1915 an der Westfront, bei Ypern, setzten auch die britischen, französischen und russischen Truppen Giftgas ein. Am Ende zählte die deutsche Seite 2300 durch Giftgas Getötete und die österreichisch-ungarische 3000 durch Giftgas Getötete. Bis zu 56.000 Soldaten der zaristischen Armee, 6109 britische Soldaten, 8000 französische und 14.000 US-amerikanische Soldaten wurden durch Giftgasangriffe der Mittelmächte getötet. Im Einzelnen nach: Klaus Gietinger / Winfried Wolf, Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der Schuld am Ersten Weltkrieg erlöste, Stuttgart 2017, S. 32.

[«9] Gietinger/Wolf, S. 34f.

[«10] Zitiert bei Gietinger/Wolf, a.a. O., S. 170.

[«11] Peter von Oertzen dokumentierte in seinem Buch in diesem Sinne detaillierte, „einwandfreie Belege für die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführer mit den Militärbehörden“. Siehe dort, S. 63, Anmerkung 2.

[«12] Zitiert in: Zwecklegenden, a.a.O., S. 4.

[«13] Zitiert bei Haffner, Der Verrat, a.a.O., S. 34.

- [E-Mail](#)